

V15-Beschluss: Pathologisierung ist echt krank - Schluss mit der rechtlichen Diskriminierung von trans*, inter, nicht-binären und genderqueeren Menschen

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2695 Die Kampagne „Dritte Option“ hat vor 5 Jahren mit der "Klage" für einen dritten
2696 Geschlechtseintrag im Geburtseintrag begonnen. Im Oktober 2017 wurde den
2697 Klagenden durch das Bundesverfassungsgericht Recht gegeben: Der Gesetzgeber muss
2698 bis Ende 2018 entweder die standesamtliche Erfassung von Geschlecht abschaffen
2699 oder für Menschen, die sich nicht mit den binär-zweigeschlechtlichen Kategorien
2700 „Frau“ oder „Mann“ identifizieren, einen dritten positiven Eintrag möglich
2701 machen (z.B. „divers“). Inter und trans* Organisationen und queere Lobbyverbände
2702 verlangen nach dieser Entscheidung noch stärker danach, dass auch das
2703 Transsexuellengesetz reformiert wird. Eine große Veränderung im rechtlichen
2704 Bereich von Inter und trans* steht bevor.

2705 Das Transsexuellengesetz (TSG), welches 1981 in Kraft trat, *pathologisiert*
2706 Transidentität und entmündigt trans* Menschen. Viele Teile des Gesetzes - wie
2707 bspw. die Auflage, sich einer „fortpflanzungsunfähig“-machenden Operation zu
2708 unterziehen, bevor die Änderung des Geschlechtseintrags möglich ist (§8 Abs.
2709 1.3) - finden heute keine Anwendung mehr, weil das Bundesverfassungsgericht sie
2710 2011 als unvereinbar mit den Grundrechten auf freie Persönlichkeitsentfaltung
2711 und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit erklärt hat. Unter dem
2712 Leidensdruck, der durch die ausbleibende Personenstandsänderung drohte, waren
2713 trans* Menschen zuvor gesetzlich zur Sterilisation gezwungen. Währenddessen in
2714 Schweden ein Entschädigungsfonds für entsprechend betroffene trans* Menschen
2715 beschlossen wurde, hat seit 2011 keine Bundesregierung eine notwendige
2716 gesetzliche Reform in die Wege geleitet. Wir fordern auch für Deutschland die
2717 Einrichtung eines Entschädigungsfonds für diese und weitere trans* Personen,
2718 deren Menschenrechte verletzt wurden.

2719 Nur durch einen langen, entwürdigenden und teuren Prozess (die Kosten liegen
2720 meist im drei- bis vierstelligen Bereich) können trans* Menschen in Deutschland
2721 ihren Vornamen und Personenstand (VÄ/PÄ) ändern. Die Auflage dafür, zwei
2722 voneinander unabhängige psychiatrische Gutachten einzuholen, beraubt trans*
2723 Menschen ihrer geschlechtlichen Selbstbestimmung und zementiert eine
2724 Verständnis, sie seien psychisch krank. Eine Verfassungsbeschwerde gegen diese
2725 Auflage wurde, wie durch das Bundesverfassungsgericht am 17.10.2017 beschlossen,
2726 nicht zur Entscheidung angenommen.

2727 Mit der elften Auflage des Krankheitskatalogs der
2728 Weltgesundheitsorganisation (WHO), dem ICD-11, der voraussichtlich noch 2018
2729 eingeführt wird, wird Transgeschlechtlichkeit nicht mehr als psychische Störung
2730 gelistet. Damit wird Transgeschlechtlichkeit international *entpathologisiert*.

2731 Ungewiss ist aber, ob Krankenkassen dann noch die Kosten für
2732 geschlechtsangleichende Maßnahmen übernehmen werden, weil sich das
2733 Leistungsspektrum der Kassen am ICD orientiert. Es ist wichtig, dass trans*
2734 Menschen, die oftmals Diskriminierung erfahren und häufig einen Leidensdruck
2735 entwickeln, medizinische und psycho-soziale Angebote in Anspruch nehmen können.
2736 Es gibt ein Recht auf freie Entwicklung der Persönlichkeit und deshalb müssen
2737 Trans*- spezifische Gesundheitsversorgungen sozialrechtlich abgesichert werden!

2738 „Mutter eines Kindes, ist die Frau, die es geboren hat“ (BGB §1592)

2739 Trans-Männer, die nach einer VÄ ein Kind gebären, verlieren nach §7 TSG
2740 rechtlich ihren Namen und die VÄ wird rückgängig gemacht. Zudem werden diese
2741 Väter in der Geburtsurkunde des Kindes als „Mutter“ eingetragen. Wir fordern,
2742 dass in der Geburtsurkunde des Kindes nicht „Mutter“ und „Vater“ eingetragen
2743 werden sondern, Eltern 1 & 2 und das geschlechtsneutrale Formulierungen zur
2744 Regelung der Elternschaft in Gesetzestexten genutzt werden.

2745 Jedes Jahr werden 1.700 intergeschlechtliche Null- bis Neunjährige an ihren
2746 Genitalien operiert (Studie der HU-Berlin). Die Kinder werden selbst nicht
2747 gefragt und diese invasiven und irreversiblen Eingriffe haben oft schwere Folgen
2748 für die geistige und körperliche Gesundheit der Kinder. Das Menschenrecht auf
2749 körperliche Unversehrtheit muss eingehalten werden und geschlechtsverändernde
2750 und unnötige „kosmetische“ Operationen an Intergeschlechtlichen Neugeborenen und
2751 Kleinkindern gehören Verboten.

2752 **Wir fordern:**

2753 • Eine selbstbestimmte dritte Option im Personenstandsrecht für z.B. nicht-
2754 binäre Menschen

2755 • ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht.

2756 • VÄ/PÄ soll nur noch auf Selbstbestimmung basieren und ein kostenloser
2757 Verwaltungsakt sein

2758 • Zugang zur VÄ/PÄ für Nichtdeutsche, die in Deutschland wohnen

2759 • Trans*-spezifische Gesundheitsversorgung muss sozialrechtlich abgesichert
2760 sein

2761 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14, perspektivisch ab der Geburt

2762 • Zertifizierte Beratungsstellen, wie sie die Bundesvereinigung Trans*
2763 fordert

2764 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in
2765 Gesetzestexten

2766 • Ein Verbot von geschlechtsverändernden und unnötigen „kosmetischen“

- 2767 Operationen an intergeschlechtlichen Neugeborenen und Kleinkindern
- 2768 • Eine angemessene Entschädigung für trans* Personen, deren Menschenrechte
2769 verletzt worden sind
- 2770 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans* Menschen in
2771 Deutschland
- 2772 Die GRÜNE JUGEND stellt sich an die Seite der Bundesvereinigung Trans* und
2773 unterstützt sie in ihren Forderungen nach der Reform des Rechts in Bezug auf
2774 Trans*, wie erklärt im Policy Paper "Paradigmenwechsel - zum Reformbedarf des
2775 Rechts im Bezug auf Trans*" (Dez. 2016).
- 2776 Unser Ziel ist eine Welt ohne fremdbestimmte Geschlechtliche Kategorien. Wir
2777 wollen eine Welt, in der alle Menschen ihre eigene geschlechtliche Identität,
2778 frei von zweigeschlechtliche-binären Kategorien, selbstbestimmt leben können.
2779 Bis dahin werden wir aber erst für eine rechtliche Anerkennung und
2780 Sichtbarmachung von Personen, die z.B. Inter und/oder nicht-binär sind kämpfen.
- 2781 Glossar
- 2782 Pathologiesieren= Etwas für „krank“ erklären, weil es nicht der vermeintlichen
2783 gesellschaftlichen Norm entspricht

Begründung

erfolgt mündlich

Das Policy Paper der Bundesvereinigung Trans* wird beim Bundeskongress ausgelegt.